

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Unser Parteitag.

Otto Wels erstattet den Bericht des Vorstandes.

Der Parteitag ist, als die Sitzung kurz nach 9 Uhr von dem Vorsitzenden Dittmann eröffnet wird, stark besetzt. Auf den Zuhörerbänken zeigt sich ein zahlreiches Publikum. Den Auftakt bildet heute die Frage, ob zum Bericht der Reichstagsfraktion ein Korreferat für die Minderheit der Fraktion gestellt werden soll. Fleißner begründet einen von 80 Delegierten unterstützten Antrag auf ein Korreferat. Ihm erwidert Schreck-Bielefeld, der daran erinnert, daß in der Fraktion niemals eine eigentlich geschlossene Minderheit vorhanden gewesen sei. Gerade der Referent Hermann Müller habe übrigens wiederholt mit der Minderheit der Fraktion gestimmt. Schließlich wird der Korreferat mit 228 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Eine weitere kurze Geschäftsordnungsdebatte entwickelt sich bei dem durch den Genossen Liebmann vorgetragene Verlangen, die neungliedrige Kommission, die der Parteiauschuß am Mittwoch zur Klärung des sächsischen Streitfalles eingesetzt hat, durch zwei sächsische Genossen zu ergänzen. Der Vorsitzende Dittmann erwidert, der Parteiauschuß sei von der Auffassung ausgegangen, in diese Kommission nur an dem Streit unbeteiligte Genossen außerhalb Sachsens zu entsenden. Selbstverständlich werde jedoch die Kommission beide sächsischen Richtungen genügend hören. Der Parteitag beschließt im Sinne des Parteiaus- schusses.

Als Wels das Wort zum Vorstandsbericht nimmt, entwickelt sich ein Sturm von redelustigen Genossen auf die Schriftführer, der die Erfahrungen früherer Parteitage weit übertrifft. Im Augenblick haben sich mehrere Dutzend Genossen und Genossinnen zum Wort gemeldet. Der Andrang wird so störend, daß Wels nach einigen Einleitungsworten unterbricht und um Ruhe auf dem Podium bittet. Der Vorsitzende Dittmann erklärt, daß diese frühzeitigen Wortmeldungen zwar der Lebhaftigkeit früherer Parteitage entsprächen, da diesmal aber die Diskussion über mehrere Vorträge verbunden werde, sei es doch richtig, Wortmeldungen erst zu Beginn der Nachmittags- sitzung entgegenzunehmen. Der kurze Zwischenfall zeigt jedenfalls, daß mit sehr lebhaften Erörterungen zu rechnen sein wird.

Wels selbst hat einen ausgezeichneten Tag. Sein sorgfältig durchgearbeiteter Vortrag wird für die Partei von dauerndem Werte bleiben. Glaubt Wels auch nicht an große grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei, so geht er doch den Fragen, die bis in die jüngste Vergangenheit im geistigen Leben der Partei oft heftige Gegensätze hervorgerufen haben, nicht aus dem Wege. Im Gegenteil arbeitet er gerade die Stellung der Partei zur Demokratie, zur nationalen Einheit und Freiheit mit begründeter Entschiedenheit heraus. Wels bekämpft nicht nur die Demokratie als einer der größten Errungenschaften der Arbeiter- klasse, sondern ruft auch dem Parteitag zu, solange Deutschland nicht aus dem nationalen Elend herausgeführt werde, würden wir selber das Ohr des Volkes für unsere sozialistischen Ideale nicht in vollem Maße haben. Die Parteien der Rechten, die sich gegen den Mißbrauch des berechtigten National- gefühls durch unsere Nationalisten wenden, aber auch seine scharfe Grenzlinie gegen die der Reaktion dienende poli- tische Verheerung der Massen durch die Kom- munisten waren besonders wertvolle politische Gedanken. Ein gutes Wort prägte Wels zur Abwehr der schauspielerischen Volkswerehrung Moskaus für den toten Marx. Wäre heute der Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus noch am Leben, so sähe er in Rußland sicher im Gefängnis. Das Verhältnis der Kommunisten zu Karl Marx sei so, wie die Liebe vieler heutiger Christen zu dem toten Christus, wäh- rend der lebendige Christus auch heute noch einmal ans Kreuz geschlagen würde. Im Sinne der Ausführungen des Genossen Wels gegen die internationale Arbeiterhilfe als einer kommuni- stischen Kampforganisation läuft noch während des Vortrags ein Antrag Sollmann ein, der von vielen Genossen und Ge- nossinnen unterstützt ist, die Beteiligung an der internationalen Arbeiterhilfe für unvereinbar zu erklären mit der Mitglied- schaft in der Partei.

An einer Stelle der Welschen Rede blühte auch der innere Parteistreit auf, der in den Herbstmonaten des vergangenen Jahres zeitweise die Partei in „Vorstandspolitik“ und „Oppo- sitionspolitik“ zu zerreißen schien. Die Ruhe, mit der der Parteitag diese Stelle der Welschen Rede aufnimmt, läßt keinen Zweifel darüber zu, daß die Gegensätze nicht nur sach- lich, sondern auch in der Form ihres Austrags sich stark ge- mildert haben.

Der Parteitag folgte der Rede des Genossen Wels mit musterwürdiger Aufmerksamkeit und am Schlusse regten sich die Hände der großen Mehrheit zu stürmischen Beifallstun- dungen.

Vor. Dittmann eröffnet die erste Sitzung des Parteitages um 9.50 Uhr und verliest ein Begrüßungstelegramm der Sozial- demokratischen Partei Lettlands, sowie ein Schreiben der französischen Partei, die bedauert, angesichts der politischen Ereignisse in Frankreich der Einladung zum Parteitag nicht Folge leisten zu können.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung, Referat des Gen. Hermann Müller über den Bericht der Reichstagsfraktion begründet daraufhin Fleißner-Dresden einen Antrag auf ein Korreferat für die Fraktionsminderheit:

Es ist kein Geheimnis, so führt Fleißner aus, daß eine Fra- ktionsmehrheit und -minderheit besteht, was sogar bei Abstimmungen zutage getreten sei. Die Tatsache, daß die Politik der Partei in stärk- stem Maße beeinflusst und gemacht wird von der Reichstagsfraktion, daß aber andererseits die Partei und die Genossen im Reiche die Verantwortung für diese Politik zu tragen haben, ist wohl geeignet, daß wir uns auf dem Parteitag eingehend über diese Dinge unter- halten. Zwar setzen wir voraus, daß der Referent auf diese Dinge eingeht, aber bei der größten Sachlichkeit des Referenten scheint mir das bei der Wichtigkeit und Schwierigkeit der Materie völlig un- möglich. Es ist ein alter Brauch in der Partei: Genossen, in wich- tigen Angelegenheiten, wo starke Meinungsverschiedenheiten ge- herrscht haben, auf dem Parteitag beiden Richtungen das Wort zu geben. Wir haben wiederholt in solchen Tagen Referat und Korreferat gehabt. Um die Wichtigkeit der zur Debatte stehenden Fragen zu unterstreichen, erinnere ich nur an die Ruhraktion, an die Bildung der großen Koalition, an die Frage der Ermächtigungsgesetze. Schon diese drei Fragen würden unser Verlangen nach einem Korreferat rechtfertigen. Ich darf dabei darauf hinweisen, daß der Ausfall der Reichstagswahl von vielen Fragen beeinflusst worden worden ist, und ganz zweifellos zum Gunsten unserer Partei. Bei dieser Sachlage müssen wir uns über diese Fragen eingehend auseinandersetzen. Das Korreferat soll nicht nur zur Erleichterung, sondern auch zur Abklärung der Debatte beitragen. Ich bitte den Parteitag, den Antrag anzunehmen. (Braus)

Schreck-Bielefeld: Nicht nur aus sachlichen, sondern auch aus tatsächlichen Gründen sind wir gegen ein Korreferat. Was verstehen die Antragsteller unter Fraktionsminderheit? Es ist doch bekannt, daß Minderheit und Mehrheit manchmal stündlich in der Fraktion wechseln, wenn unter dem Druck der wirtschaftlichen und politischen Hochspannung unserer Zeit der Politiker nicht nach einem Schema von anno domini handeln kann, sondern nach den Interessen des demokratischen Sozialismus handeln muß. In der Frage des Ermächtigungsgesetzes kommt noch die be- kannte Tatsache hinzu, daß die beiden Fraktionsvorsitzenden Müller und Dittmann gegen die Haltung der Mehrheit der Fraktion waren und daß sie also die Fraktionsminderheit auf beste zu repräsen- tieren in der Lage sind. Auch in der Frage der großen Koalition sind Minderheit und Mehrheit der Reichstagsfraktion durcheinander- gelaufen. Niemand in der Fraktion war gegen Hermann Müller als Referenten in der Frage der Koalition; denn es handelt sich in der Hauptsache doch darum, kurz zusammenzufassen, was war, und Richtlinien zu ziehen, was kommen muß. Früher handelte es sich in solchen Fällen um Dinge, ich erinnere an die Agrarfrage, wo Mehrheit und Minderheit in einem geschlossenen Verhältnis zu den Fragen standen. Es gibt selber immer noch Genossen, die glauben, daß nur sie Auffklärungsarbeit leisten können. Aus dieser Ein- stellung heraus kommt der Antrag auf ein Korreferat. Dabei ist über das Ermächtigungsgesetz und die große Koalition viel zu viel geredet worden, eine Orientierung ist da nicht mehr mög- lich. Aber auch die Debatte wird nicht abgekürzt durch ein Kor- referat, weil dadurch nur sachliche Richthaltungen notwendig werden. Wir haben aber in diesem Augenblick alle Veranlassung, gegenüber dem Ansturm von rechts und links

eine kompakte geschlossene Front herzustellen. Daher dürfen wir uns nicht in Einzelheiten verlieren. Wir brauchen vielmehr eine scharfe Rundgebung nach außen, um den Interessen des demokratischen Sozialismus zu dienen. Aus diesem Grunde bitten wir um Ablehnung des Antrags.

Auf Vorschlag des Vor. Dittmann wird auf eine weitere Debatte verzichtet. Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Einsetzung eines Korreferenten zum Bericht der Reichstagsfraktion mit 228 gegen 111 Stimmen abgelehnt.

Vor. Dittmann: Parteiauschuß, Kontrollkommission und Partei- vorstand, die am Mittwoch getagt haben, unterbreiten dem Parteitag den Vorschlag, die Referate des Gen. Wels zum Parteivorstands- bericht, des Gen. Ludwig über die Organisation und des Gen. Müller über die Reichstagsfraktion hintereinander er- statten zu lassen, um dieselbe Diskussion beim ersten und zweiten Punkt der Tagesordnung zu vermeiden.

Der Parteitag schließt sich dieser Auffassung an.

Der Konflikt in Sachsen.

In der Sitzung der drei Körperschaften ist auch die Frage der Parteidifferenzen in Sachsen besprochen worden. Ein- heitlich war man der Auffassung, daß es zweckmäßig wäre, eine Kom- mission einzusetzen, vor der alle Einzelheiten der sächsischen Differenzen sachlich erörtert werden und daß dann diese Kom- mission mit einem Vorschlag an das Plenum des Parteitages heran- tritt. Pflicht der Kommission soll es sein, zunächst den Versuch einer Verständigung unter den sächsischen Genossen zu machen; erst wenn dieser fehlschlägt, soll die Kommission von sich aus mit einem entscheidenden Antrag an den Parteitag herantreten. Da alle Genossen, die in Sachsen im Vordergrund stehen, in dieser Angelegenheit Partei sind, soll von der deutschen Gesamt- partei die Entscheidung gefällt werden. Die sächsischen Genossen sollen von beiden Seiten in ausgiebiger Weise gehört werden, aber in die Kommission selbst nicht delegiert werden. Partei- auschuß, Kontrollkommission und Parteivorstand schlagen für diese sächsische Kommission folgende neun Genossen vor: Lemenhow- Altona, Blum-Burg, Hoffmann-Eberfeld, Hellmann- Brandenburg, Buchw. Götlich, Rottmann-Schwerin, Diet- rich-Weimar, Oster-Stuttgart, Simon-Kugsburg.

Liebmann-Leipzig: Die sächsische Delegation ist zu der Auf- fassung gekommen, daß wir die schwersten Bedenken gegen die Zusammensetzung der Kommission äußern müssen.

wenn die sächsischen Genossen bei dieser Entscheidung über Sachsen ausscheiden sollen. Ich möchte dringend bitten, daß einige Partei- genossen aus Sachsen in die Kommission genommen werden, damit nicht der Eindruck erweckt wird, als ob die sächsischen Genossen von vornherein an die Wand gedrückt worden wären. Dadurch würde die Bedeutung der Kommission von vornherein untergraben; es wäre nur Lug, wenn einige sächsische Genossen in der Kommission sitzen. Die Arbeit der Kommission wird nur erleichtert, wenn Ge- nossen aus Sachsen vertreten sind, die die Dinge aus eigener An- schauung kennen. Wir haben nicht einen Bezirk mehr in Sachsen, der hinter der Mehrheit der Fraktion steht. Ich bitte dringend, den Antrag, zwei Genossen aus Sachsen in die Kom- mission zu wählen, anzunehmen.

Vor. Dittmann: Die Argumente Liebmanns sind in der Sitzung des Parteiaus- schusses alle zur Sprache gekommen, aber nach aus- giebiger Aussprache wurde der Beschluß gefaßt, daß die zwei sächsischen Stimmen in der Kommission sich so- wieso ausbeuten würden.

Die große Mehrheit des Parteitages tritt bei der Abstimmung für die vom Parteiaus- schuß vorgeschlagene Neuner-Kommission ein.

Zum Bericht des Parteivorstandes

erhält das Wort
Otto Wels: Der Parteitag, zu dem wir uns versammelt haben, ist der erste nach der Vereinigung von Nürnberg, der erste der Vereinigten Sozialdemokratie. Darin liegt seine besondere Bedeutung. Gewiß werden verschiedene Strömungen auf ihm zutage treten. Das ist schon früher der Fall gewesen; aber ebenso wie früher wird auch dieser Parteitag als Verkörperung einer Partei erscheinen. Die einig ist und entschlossen, einig zu sein. Die Zeit, in der es zwei Parteien gab, liegt wie ein böser Traum hinter uns und nie- mand hat den Wunsch, den Streit in zwei Parteien wieder herbei- zuführen.

Das Wesen einer Partei besteht nicht darin, daß alle einer Meinung sind — das ist unmöglich —, sondern daß jeder nach rechts oder links seine Stellung frei wählen kann, ohne an eine Schranke gebunden zu sein. Die Einigung der Partei in Nürnberg hat die Bewegungsfreiheit der einzelnen Mitglieder stark ver- mehrt. Von dem Recht der geistigen freien Entwicklung ist in der Partei weitest Gebrauch gemacht worden. Ueber allem aber spannt sich heute der verbindende Bogen der gemeinsamen grundlegen- den Auffassung. Ich glaube nicht, daß es auf diesem Parteitag De- batten von höherer prinzipieller Bedeutung geben wird. In dieser Beziehung sind wir heute einig, als es die geeinte Partei vor der Spaltung jemals war. Wir sind einig in dem Festhalten an unserem großen sozialistischen Endziel, einig aber auch in der Er- kenntnis, daß uns kein Wunder den Endbloss in den Schoß legen wird, sondern nur die methodische Schulung der Kräfte des arbeiten- den Volks uns dem Endziele schrittweise näherbringen kann. Wir unterschätzen nicht die Kräfte der Gegner. Wir wissen, daß es der Kapitalmacht um die Herrschaft im Staate geht, wir wissen, was sie leistet, um die Presse für sich zu gewinnen.

Dieser Kapitalmacht die organisierte Kraft des Proletariats entgegenzustellen, ist unsere Aufgabe.

Wir sind uns einig auch darin, daß der Klassenkampf gegen das Kapital seinen besten Boden findet in der Demokratie. Es gibt kein schlimmeres Wort zur Verkettung der Proletariatsgehirne als jenes, das die Demokratie als die bloße Kulisse der Kapitalherrschaft be- zeichnet hat. (Sehr richtig!) Haben sich etwa die Kapital- listen je für die Demokratie eingesetzt? In England waren es die Chartisten, in Paris die Arbeiter, in Deutschland Baskalle, die zuerst für Demokratie gekämpft haben, und in all diesen Kämpfen stand die Bourgeoisie auf der anderen Seite der Barrikaden. Vor diesem Hause haben einst die Arbeiter Veräns für das gleiche Wahl- recht, für die Demokratie demonstriert. In diesem Saal hat jah- rezehntelang das Dreiklassenparlament gelagt, hier sind die großen Kämpfe um das gleiche Wahlrecht in Preußen geführt worden allein von den Vertretern der Arbeiter. Verdammt is- siert waren die wenigen Sozialdemokraten in diesem Hause, höchster Widerstand wurde ihnen von den Junkern geleistet. Erst bei dem großen Zusammenbruch kam das allgemeine Wahlrecht, als die Forde- rung der deutschen Arbeiterklasse, der deutschen Sozial- demokratie.

Das persönliche Regime und das Dreiklassenwahlrecht in Preußen waren die Wälle, die sich dem Vormarsch der Arbeiter entgegenstellten. Und jetzt wo diese Wälle gefallen sind, soll das alles nichts gewesen sein?

Gewiß hat nie ein Sozialdemokrat geglaubt, daß mit der Erringung der demokratischen Staatsverfassung schon alles gewonnen sei. Aber es war doch gewiß nicht Nichts, wie immer wieder den Arbeitern zugerufen wird, um ihnen die Freude an dem Erreungenen zu rauben. (Sehr wahr!) Das gleiche Wahlrecht gibt uns jetzt die Möglichkeit, in jedem deutschen Parlament die Mehrheit zu gewinnen. So müssen die deutschen Arbeiter vernünftigerweise an der Demokratie festhalten, um durch sie zur Mehrheit zu kommen und dann im Be- sitze dieser Mehrheit ihren Gegnern zuzurufen zu können: Der Staat ist mir, die Arbeiterklasse! Ueberall, wo der demokratische Gedanke in Europa Einbuße erlitten hat, hat er sie erstitten durch die Gegner der Arbeiterklasse, wie in Italien durch Mussolini. In Frankreich hat Millerand schon am Anfang seiner Präsidentschaft die Diktatur angekündigt, an der er bis zu dem Augenblicke festhielt, in dem ihn der Sturm hinwegjagte. Wo wir sind einig im Kampf für den demokratischen Staat, dessen Gründung in diesem Saale stattfand, als der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte 1918 mit überwältigender Mehrheit die Ausschreibung von Wahlen zur Nationalversammlung beschloß. Seit dieser Zeit treten wir ein

für Demokratie, für die Republik und für die Reichseinheit, für die politische, territoriale, finanzielle Reichseinheit, ohne die es

Im Deutschland keine Demokratie und erst recht keine Sozialdemokratie geben kann. Wir, die wir immer für unterdrückte Völker eingetreten sind, haben das Recht und die Pflicht, für die nationale Freiheit unseres Volkes einzutreten. Leider gibt es noch Parteigenossen, die in dem Kampf für die Reichseinheit nichts sehen als nationalistiche Sentimentalität, die geeignet ist, die politischen Ziele der Partei zu verfehlen, genau so, wie uns unsere Gegner auf der anderen Seite unterstellen, daß wir zum Stimmenfang das nationale Mäntelchen umhängen, um unser internationales Gesicht zu verbergen. Diesen Gegnern brauchen wir nicht mit Worten zu begegnen, wir haben für die Reichseinheit unangenehm mit der Zeit gearbeitet. Die Haltung der sozialdemokratischen Mitglieder an der Saar, am Rhein, an der Ruhr hat bewiesen, daß uns der Wille zur Erhaltung von Staats- und Reichseinheit kein Lippenbekenntnis, sondern Herzens- und Ueberzeugungssache war, die wir oft nur unter den schwersten Opfern aufrecht erhalten haben. (Sehr richtig!)

Über manchen Parteigenossen scheint der Sinn zu fehlen für den Wert der Reichseinheit und für die Gefahren, in der sie manchmal war. All zu oft haben wir von landespolitischer Parteipolitik treiben sehen. Das dient allein den Separatisten. Ein Zerfall Deutschlands würde auch die schlimmsten Folgen für die Partei haben. An der Entwicklung in Sachsen und Thüringen und Mecklenburg, in den okkupierten Gebieten haben wir die Folgen einer solchen Zerstückelung erlebt. Ich erinnere daran, wie im besetzten Gebiet die Arbeiter dem morgenluftmürrischen Unternehmertum ausgeliefert sind, denen die französischen Bajonette zu Hilfe kommen, wie in Bayern die Riederhüpfelung der Partei dank einer hochherrlichen Diktatur von oben her funktioniert wird.

Soviet Abspaltungen, soviel Mißerfolge der Arbeiterpartei.
All das gibt uns einen Vorgeschmack dessen, was uns passieren würde, wenn die Reichseinheit zum Teufel ginge.

Dabei ist heute noch die Sozialdemokratie die weitest fortgeschritten im Reichstag, und die Reichsregierung steht doch noch auf einer höheren Ebene als die deutschösterreichischen Despoten, die sich in den einzelnen Ländern an die Oberfläche gearbeitet haben. Nehmen Sie das alles weg, beseitigen Sie die Demokratie, so gefährdet Sie unsere sozialistische Zukunft. Solange die Frage der Reichseinheit, eines unabhängigen Nationalstaats Deutschland nicht gelöst ist, so lange wird unser Kampf um Demokratie und Sozialismus, um Republik und Pazifismus immer in zweiter Linie stehen, so lange werden wir das Volk nicht in dem Maße für unser Evangelium gewinnen, wie wir das wünschen. Das ist die Wahrheit, ob sie uns angenehm ist oder nicht. Sie muß gesagt werden, ob unsere Gegner daraus eine Schwächung unserer Position ableiten oder nicht. Darüber müssen wir uns klar werden, wenn wir im Kampfe die erfolgversprechende Einheit einnehmen wollen. Jetzt haben sich Parteien und Aequen dieses Nationalgefühl bemächtigt, haben diese Sehnsucht nach dem unabhängigen Nationalstaat mißbraucht, haben das berechnete Nationalgefühl zum bestimmungslosen Nationalismus umgefälscht und aufgepeitscht. (Sehr wahr!) Das darf uns aber nicht hinwegführen über die Stimmung, die schon bestand, ehe noch deutschösterreichische und Nationalsozialisten in diesen Boden ihre giftige Drachensaat gesenkt haben.

Das Volk will heraus aus dem nationalen Jammer, das Volk hat es satt, überfall, Gegenstand von Bedrohungen zu sein, es kann die lästigen Drosseln und Beschimpfungen durch außerdeutsche Chauvinisten nicht mehr ertragen.

Das Volk will nur eins: die Ruhe und Sicherheit, wie sie klare Grenzen, wie sie scharf umrissene Pflichten und wie sie unangefochene Rechte geben können. Die Gefahr, daß weite Kreise des Volkes dem Chauvinismus verfallen würden, hat Scheidemann auf dem Würzburger Parteitag schon gekennzeichnet, als er sagte, daß, wenn wir nach dem Kriege zur Macht kämen, es uns passieren könnte, daß das mißhandelte Volk zu anderen Wunderdoktoren läuft, um bei ihnen Heilung zu finden. Um so mehr müssen wir unseren gereinigten Völkern helfen, um sein und unser Haus wiederherzustellen. Wir standen mit an der Wiege der deutschen Republik, deren Geburtsstunde im Zeichen des bösen Sterns, des Waffenstillstandes stand, und wie haben heute die Pflicht, für diese junge, unglückliche Republik zu kämpfen, für ihre Einheit und Wirkungsmöglichkeit. Wir müssen die Paladine der Reichseinheit sein und bleiben. Eine zerfallene und geschlagene Republik steht, wenn überhaupt, dann nur als Monarchie wieder auf. Das lehrt die Geschichte. (Sehr wahr!) Das wissen unsere Völkischen auch sehr genau, und deshalb ihr frivoler Kampf gegen die Republik. Also: wer die Reichseinheit gefährdet, der hilft der Reaktion und der Monarchie. (Sehr wahr!) Nur in der Reichseinheit kann die große sozialistische Armee und

Partei formiert werden. Die Schoren Kleinbürgerlicher, ja auch der politisch nicht geschulten Arbeiterklasse, die jetzt zwischen Sowjetrußland und Hafenkreuz

hin- und herpendeln, sind gern in die Arme des Herrn v. Graefe gesunken, sind den deutschösterreichischen zugezogen, von den angeblichen Hauptfeinden der Reaktion, von den Kommunisten. Ohne Reaktion kein Polcarismus, ohne Kommunisten keine Reaktion. Das sind die Glieder der Kette, die Deutschland zu zerbrechen droht. Was von den Nationalisten gilt, gilt noch in höherem Maße von den Kommunisten: ihre ganze politische Weisheit besteht im Propagieren, obwohl zum mindesten die Führer sich ihrer jämmerlichen Schwäche durchaus bewußt sind. Und bei den Kommunisten ist dieses Propagieren erst recht eine Laßsünde an den heiligsten Menschenrechten, denn in ihrem Kadavergehörigkeit gegen Moskau piffen sie mit lebendigen Leibern propagierter Arbeiter, an ihren Händen klebt das Blut von Tausenden. Das Kaiser-Bayern, das Großherzogtum Graefe in Mecklenburg sind die Erfolge dieser kommunistischen Internationale. (Sehr wahr!)

Theoretisch führt sie heute den Kampf im Namen des Marxismus. Sie allein glaubt ihn richtig interpretieren zu können. Einer ihrer deutschen Akademiker, Professor Korsch, führt jetzt den Nachweis, daß die Verfassung des Marxismus bereits begonnen habe, als Marx das „Kapital“ verfaßte und als die Erste Internationale in den sechziger Jahren gegründet wurde. Er stellt deren Manifest dem kommunistischen Manifest gegenüber und sagt, schon damals fehlte es an der revolutionären Leidenschaft, die heute von den Kommunisten, damals von den Bolschewisten vertreten wurde und der gegenüber der Generalrat der Ersten Internationale sagte, er setze die erste und stille Arbeit an die Stelle der lauten Wortschreierei der Wortrevolutionäre. (Sehr gut!)

Niemand war sich klarer darüber als Marx, daß der Marxismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein anderes Gesicht zeigen müsse als zurzeit des kommunistischen Manifests, auf Grund der Reifeentwicklung der ökonomischen Verhältnisse.

Den Unsinn, das kommunistische Manifest als heilige Schrift hinzustellen, hat niemand schlagender widerlegt als unser österreichischer Genosse Otto Bauer, indem er einfach die Frage aufwarf, ob jemand glaube, aus einem Lehrbuch der Physik von 1848 heute im Jahre 1924 einem Menschen den Stand der heutigen physikalischen Entwicklung mit Telegraphie und Radio Normzahlen zu können. Die Dekonomie hat sich in dieser Zeit ebenso entwickelt wie die Physik; aber noch sollen die Lehrbücher aus dem Jahre 1848 die allein wahre ungetriebene Quelle der Erkenntnis der Dekonomie sein! Marx ist nicht nach Moskau, sondern nach London gegangen, um die kapitalistische Wirtschaft zu studieren. Der Gedanke, daß das ökonomisch zurückgebliebene Rußland nun plötzlich ein Vorbild sein soll für alle Länder, ist ein Hohn auf Marx selbst. Genau so wie viele Christen den lebenden Christus heute noch einmal am Kreuz schlagen würden, sehn sich die russischen Machthaber heute nur nach der Wäse von Karl Marx, um mit ihr einen abergläubischen Hokusfokus zu treiben. Der lebende Marx würde in Sowjetrußland genau so im Gefängnis sein wie es jetzt die besten Sozialdemokraten dort sind. (Sehr wahr!)

Der Kommunismus von heute ist durchaus reaktionär.

Bürgerliche Politiker, Staats- und Kommunalbeamte, aber leider auch Sozialdemokraten sind der Arbeiterhilfe auf den Bein gefahren. Dabei sind wir im Besitz eines stenographischen Protokolls des Vier-Ausschusses, in dem Anweisungen für die internationale Arbeiterhilfe gegeben sind. Gegen die positive Einstellung der Arbeiterklasse soll nach diesem kommunistischen Exzerptreglement angekämpft werden, während die deutsche Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie den Gedanken „Nie wieder Krieg“ propagiert. Am Vier-Ausschuß sitzen Männer der internationalen Arbeiterhilfe, die wie Ludenbattj es als blödsinnig erklären, diese Gedanken zu propagieren.

Aus dem Protokoll geht hervor, daß die „Arbeiterhilfe“ von der kommunistischen Internationale nur geschaffen ist, um kommunistische Politik zu betreiben, wo es andernwärts nicht möglich ist.

Die Anweisungen lauten ausdrücklich dahin, in die Gewerkschaftspressen und in die bürgerliche Presse einzudringen und Schritte zu tun, die die Komm. Partei selbst nicht tun kann. Tatsächlich ist es der „Arbeiterhilfe“ möglich geworden, fast in allen Ländern Propagandabüroen zu gründen. Ihr Zweck ist die große Propagandaarbeit für Sowjetrußland. Für alle Genossen, die noch in der internationalen Arbeiterhilfe tätig sind, genügen die Anweisungen an die „Arbeiterhilfe“ zur Erkenntnis, daß diese Hilfsorganisation nur zum Aufbau der Komm. Partei bestimmt ist. Die „Arbeiterwohlfahrt“, unsere Parteiorganisation mit ihren

500 Ortsgruppen, ist der Platz, wo unsere Parteigenossen zu arbeiten haben. Die Komm. Partei aber ist uns feind, wenn auch Klassen-genossen in ihr tätig sind. Gegen sie kann es nur einen geschlossenen Kampf geben, und entschieden und klar muß die Scheidungslinie hier auf dem Parteitag gezogen werden. Randem mag das nicht leicht fallen, der in Nürnberg nur mit halbem Herzen die Einigung mitmachte und mehr zu den Kommunisten neigte. Die Einstellung zu den Kommunisten ist eine von den Fragen, die der Partei bei der Einigung die schwersten inneren Kämpfe bereitet hat. Das scheinbare Einlenken der Kommunisten nach dem mitteldeutschen Zustand läßt manche Genossen. So kam es zur Zusammenarbeit in Thüringen und Sachsen, wo man besonders vertrauensvoll war. Es waren nicht nur die Unabhängigen, die durch Halle noch mehr geleitet haben konnten als die SPD-Leute.

Jetzt hat die Komm. Partei für alle Parlamente vom Dorf- und Stadtparlament bis zum Landes- und Reichsparlament ein Exzerptreglement des parlamentarischen Axiomens herausgegeben, das alles enthält bis zum Hinauswurf.

Hierin zeigt sich, was es mit der Regierungstätigkeit der Kommunisten auf sich hatte, von der unsere Genossen in Sachen einstmals träumten. Der damalige Versuch führte Herrn Heintze nach Sachsen und machte das Eingreifen des Parteivorstandes nötig, dessen schriftliche und mündliche Einwände unbeachtet gelassen waren. Wir vom Parteivorstand traten für die Bildung einer Regierung mit den Demokraten ein, um Herrn Heintze so schnell als möglich aus Sachsen herauszubringen. Jede Stunde war damals eine Gefahr. Diese Arbeit war schwer, aber wir sind stolz darauf, sie geleistet zu haben. 24 Stunden haben genügt, um Heintze zu entfernen. Ich will auf Zeigners Politik nicht weiter eingehen, aber ich bin gezwungen, hier daran zu erinnern, daß Zeigner dem Parteivorstand unter leibhaftem Beifall einer Berliner Parteiversammlung der moralischen Korruption bezichtigt wurde, den Beweis aber ablehnte, so daß sich der Parteivorstand noch jetzt im Verteidigungszustand befindet. Den Höhepunkt dessen, was gegen uns und unsere damalige Haltung geschrieben worden ist, stellt zweifellos ein Artikel des „Zwickauer Parteiblattes“ dar, in dem gesagt wurde: 80 000 Mann Soldaten mußten aufmarschieren, um 3 Kommunisten zu entfernen; aber selbst diese waren zu schwach, so daß zwei Männer vom Parteivorstand, also Dittmann und ich, kommen mußten, um die Sache zu schaffen. Wohin die Entwicklung in Sachsen geführt hätte, wenn wir damals nicht eingegriffen hätten, das zeigt Thüringen, das jetzt Mecklenburg. (Sehr richtig!) Wir vom Parteivorstand müßten aus der Partei gestochen werden, träge alles zu, was man uns an den Hals gehängt hat. Ich bitte die Genossen von der Opposition dringend, sich nicht abhalten zu lassen, die Reinigung an Haupt und Gliedern vorzunehmen, die sie angeht. Wir waren gezwungen, in einer kleinen Schrift uns gegen das Treiben der Opposition zu wenden. Um welchen skrupellosen Kampf es sich handelt, zeigt, daß in München zwei Tage vor der Reichstagswahl in der Flugchriftenreihe der Opposition die Broschüre „Der Fall Tuer“ erscheinen konnte. Andererseits ist anzuerkennen, daß im großen und ganzen während des Wahlkampfes die Parteipresse einheitlich eingestellt war. Erfreulich ist auch, daß die grundsätzliche Einheit der Parteien nicht haltmacht an den Grenzen des Reiches, sondern sich auf alle Glieder der Internationale erstreckt.

Daß die Internationale wieder dasiebt als geschlossene, aktionsfähige Macht, rechne ich zu den größten Tatkunden der Weltgeschichte.

Wir sind stolz darauf, daß die Einigung der sozialistischen Internationale die erste sichtbare Frucht der Einigung der deutschen Sozialdemokratie war. Wir deutschen Sozialdemokraten haben ihr den Weg bereitet dazu, daß sich diese Tatsache auf deutschem Boden in Hamburg vollzog. Mit unseren englischen, französischen, österreichischen, dänischen Genossen haben wir jubelnd ihres Sieges. Uns alle eint der gemeinsame Wille, die gegenwärtige Schwäche der Arbeiterklasse als Folge des Krieges zu überwinden und eine Grundlage zu gewinnen, von der aus ein neuer Aufstieg möglich ist. Durch unsere Kraft und unter unserer Führung hat die Politik der friedlichen Verständigung im Deutschen Reichstag einen großen Sieg errungen. Lärcht man es, zu glauben, der Ausgang einer Wahlkämpfe könne genügen, über die deutsche Sozialdemokratie zur Lageordnung überzugehen. Unkraut kann schneller wachsen als der Baum. Aber der Baum wächst weiter, wenn das Unkraut längst verdorrt ist. Dem deutschen Volke zuliebe, nicht sich selbst zuliebe, muß die Partei ihren einheitlichen geschlossenen Weg weitergehen. Einig wollen wir marschieren, einig wollen wir schlagen, unter der alten „Prole“ Alles für das Volk, alles durch das Volk! (Leb. Beif.)

Es folgt das Referat Ludwig über Organisation, Agitation und Rasse.

Grillparzers „Medea“ im Staatstheater.

Menschen des im Lichte schwebenden Orients sahen eine blinnde Wolke, die sich ganz einsam am blauschwarzen Himmel angediebt hatte. Diese Dunstinsel, die goldener Sonnenbrand überstutete, regte die Phantasie der Griechen an. Wenn sie nicht nur am Firmament zu entdecken wäre, sondern auch auf der greifbaren Erde! Wie ein goldenes Vieh hing diese Wolke am Himmel. Würde sich dieses Vieh zur Erde fenten, dann müßte es erobert und aufbewahrt werden von zauberhaft begabten Magiern, dann müßten diese Zauberer mit Hilfe des Viehes über märchenhafte Kräfte verfügen. So fragte, so formte die antike Phantasie, und sie suchte und fand den höchst fabelhaften Mythos jener Medea, die eine barbarische Herrin des goldenen Viehes gewesen war, die Gattin eines schönen, aus kultivierter Fremde kommenden Königssohnes wurde und ihre Kinder umbrachte, weil Jason, der Gatte, ihrer barbarischen Wildheit und magischen Schredlichkeit nicht treu blieb. Der Mythos von Medea und Jason stellt die Wertschätzung der Sehnsucht dar, die Bewohner des antiken Abendlandes nach den Wundern des dunklen Märchenmorgensandes fühlten. Jason ist der klassische Träger dieser Sehnsucht. Medea ist Urborn und Ervederin des Abenteuer- und Wühngewaltigen, der seit altersher die Jünglinge und reifen Männer in die unbekannte Welt hinaustrieb, mochten sie nun Jason, Odysseus oder Christoph Columbus heißen. Das mythische Helenentum mochte nur annehmen, daß der See- und Schiffsfahrer Jason Todestragit gewinnt, indem er die Segel lichtet. Weib im Land und verheiratet dich nicht mit schwarzhaarigen Barbarentöchtern, die den Untergang verhasster Brüder und Schwestern heraufbeschwören. Das war die hausbackene Bürgerlehre dieser heroischen Legende.

Was Grillparzer zu dem Medea-mythos hinzog, war eine zergräbelte und gemarterte und nie befreite Jungfelleinigkeit. Er gönnte seiner Phantasie jedes Abenteuer, indem er zugleich zwei liebliche Frauen mit seinen Träumen umwob. Aber er war kein Eroberer, er war nur ein schmachtender, vor der Wirklichkeit verstummen Frauenlieb. Alles, was er von der Herrlichkeit und Gefährlichkeit der Frau wußte, aus Erfahrung beruhte es kaum, aus der Ahnung entfieng es nur, es loderte nur aus dem lauhenden Verlangen. Traumerlebnis und Enttäuschung entzündeten ein Kunstwerk, das die Krankhaftigkeit der tollen Weiber und unbefriedigten Männer entlarvte. Blutzugnis für das ungeheure Leid, in dem sich der Märtyrer und Trüger Grillparzer wand, wird spürbar in der großartigen Gründlichkeit und Melodik seiner dramatischen Abrechnungen. Bevor Medea ihre Kinder ersticht, redet sie den hoffnungslosen Frauenmonolog, dessen sinnliche und überfinnlische Schautigkeit nur jenem Monologe verbrocht ist, den Hamlet vor der Ermordung seiner Mutter spricht. Die Worte, mit denen Jason, der Gatte, als Träger der Kultur, und Medea, die Gattin, als Trägerin alles Urtriebes ihren Seelenkampf ausfechten, liefern die aufschlußreichsten Einblicke

in das Innere des genialen Dösterreichers, der zugleich Held und Opfer seiner wilden Phantasie, seiner nie getöhlten Neugier und seiner philantropischen Unerfälligkeit gewesen ist.

Karlheinz Martin, der Regisseur, hat nicht ohne Geschicklichkeit, aber auch ohne Eherfurcht vor dem Grillparzerschen Wort die fünfaktige Tragödie auf drei Akte zusammengeschränkt. So wird das Widerspiel zwischen Medea und Jason deutlicher. Ein großer Dialog, ein riesiger Monolog, das sind die Mittelpunkte, um die alles kreist. Man mag es nicht, den Regisseur wegen dieser Arbeit zu schelten. Sonst wäre ihm vorzuwerfen, daß er die Bühne allzu primitiv aufbaue. Der Gegensatz der düsteren Ereignisse zu der unerwähnt heiteren Landschaft Korinth, das hätte blühendere Augenwichtigkeit sein müssen. Es ist in diesem Stücke immer peinlich, daß eine winzige Kiste und ein metallener Kessel die ungeheuren Zaubermächte Medeas einschließen sollen. Warum stellt man die Zaubertische und alles, was dazu gehört, nicht in das Märchenbunzel der Bühne? Karlheinz Martin, der Regisseur, hat noch keine neuen Mittel entdeckt, um die Aufführung der Medea vom ehrwürdigen Hoftheaterstil zu befreien. Beinahe möchte man ihn deswegen loben. Denn gerade Gerda Müller, die Medea, Herr Ebert, der Jason, Herr Frank, der korinthische König, Frau Schön, die blonde Königs-tochter, und schließlich Rosa Bertens, die Amme Gora, hingen fanatisch an rhetorischen Ueberlieferungen der Vergangenheit. Sie pflegten diesen Stil wohl, weil sie vom Regisseur dazu ermuntert wurden. Auch dieser Mann, der schon zu anderen Göttern schwor, bekehrte sich wieder zu dem Alten. Solche Rückkehr ist nicht gerade notwendig. Denn es gibt einen Unterschied zwischen der Ueberlieferung, die noch dem Verweilten getreu ist, und der jungen Kunst, die sich von der spielerischen Ueberlieferung fern hält.

Max Hochdorf.

Die Volksbühne als Asyl französischer Kunst.

Die Berliner Volksbühne hatte im Verwaltungsrat des Deutschen Bühnenvereins den Antrag gestellt, daß der völlig überflüssige und schädliche Boykott französischer Bühnenwerke aufgehoben würde. Wie aus dem eben erscheinenden zweiten Vierteljahrsheft der „Volksbühne“, der Zeitschrift des Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine, ersichtlich ist, hat der Deutsche Bühnenverein den Antrag der Berliner Volksbühne abgelehnt. Die Leitung der Berliner Volksbühne hatte dann vor, den Antrag bei der Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins zu wiederholen. Da aber die erforderliche Anzahl von Unterschriften nicht rechtzeitig vorgelegt wurde, konnte der Antrag auf der Dresdener Generalversammlung nicht zur Verhandlung kommen. Es bleibt also bei der Fernhaltung französischer Autoren von der deutschen Bühne. Der Vorstoß der Berliner Volksbühne hat aber doch eines erreicht: Im Verwaltungsrat des Bühnenvereins wurde von führenden Persönlichkeiten ohne Widerspruch erklärt, daß der Bühnenverein nichts unternehmen würde, wenn ein deutsches Theater ein künstlerisch wertvolles und kulturell

wichtiges französisches Stück zur Aufführung brächte. Das ist keine befriedigende Lösung, zumal natürlich die Meinungen über den künstlerischen Wert eines Stückes auseinandergehen können. Aber es ist doch wenigstens gegenüber dem bisherigen Zustand ein gewisser Fortschritt festzustellen.

Besonders zu begrüßen ist aber, daß die Berliner Volksbühne ihrem Kampf gegen die Aufhebung des Boykotts auch sofort eine praktische Tat folgen läßt: die schon vor mehreren Wochen angekündigte Matinee, die den Besuchern der Volksbühne eine Reihe von wichtigen jungfranzösischen Autoren vermitteln soll, wird nun am kommenden Sonntag, mittags 11 1/2 Uhr, im Theater am Bülowplatz, stattfinden. Neben einem einleitenden Vortrage und der Rezitation mehrerer Gedichte und Prosastücke wird ein kleines Werk von Charles Bédaric, einem der anerkanntesten jungen französischen Literaten, zur Aufführung gelangen.

Als vor wenigen Wochen diese Morgenfeier zuerst angekündigt wurde, erhob sich in der rechtsstehenden Presse ein Sturm der Entrüstung. Man suchte die Mitglieder der Volksbühne gegen die Leitung des Vereins aufzupuffen, weil diese mit der Anlehnung der Matinee angeblich die „nationalen Belange“ verletze. Es scheint, daß diese Bemühungen bei den Mitgliedern der Volksbühne herzlich wenig Widerhall gefunden haben. Jedenfalls ist es zu loben, daß die Berliner Volksbühne sich durch das Gelärm in der Hugenbergs-Presse und in ähnlichen Organen nicht hat abfordern lassen. Wünschenswert, daß ein paar Uebernationalisten sich jetzt gemüht fühlen, in die Morgenfeier der Volksbühne zu kommen und dort zu demonstrieren. Es darf aber wohl angenommen werden, daß die Matinee überwiegend von Menschen besucht sein wird, die jede politische Demonstration bei einer derartigen rein künstlerischen Veranstaltung ablehnen.

Neue Bergbahnen. Trotzdem das Projekt der Erbauung einer Bahn auf die Zugspitze, den höchsten Gipfel Deutschlands, vielfach auf Widerspruch gestoßen ist, hat man mit der Errichtung dieser Bahn dieser Tage begonnen. Die Vorarbeiten sollen Ende Juli fertig sei. Die Bahn selbst soll im Spätherbst dieses Jahres eröffnet werden. Es handelt sich um eine 3 Kilometer lange Seilbahn, die mittels elektrischer Kraft in 20 Minuten Fahrzeit die Höhe überwindet. Die Bahn führt auf österreichischer Seite auf den Gipfel. Eine Reihe weiterer Alpenbahnen soll noch in diesem Jahre gebaut werden. In Sibbul ist man daran, eine Seilbahn zum Hahnenkamm zu bauen. Desgleichen soll der Untersberg bei Rechenhall eine Bahn bekommen. Dieser Berg soll zu gleicher Zeit von zwei Seiten, von Rechenhall und Berchtesgaden „erschlossen“ werden. — Ebenso ist beabsichtigt, Bahnen auf den Staufen und auf den Zwiesel zu bauen.

Die Große Volkssper legt für die Monate Juni, Juli, August ein besonderes Sommerabonnement zu erheblichem Ermäßigungsgrad auf. Näheres in der Gesellschafts- und Kultur- (Ziel. Zeitschrift 11581).

Karlheinz Martin hat die „Untermedea“ um das sie alle großen deutschen Opernwerke demütigen, der Dresdener Staatsoper als „Kleinoper“ durchzuführen überlassen. Die Oper „Untermedea“ ist eine bürgerliche Komödie, deren Text von Strauß selbst stammt.

Staatsstreik oder Demokratie.

Der reaktionäre Ansturm gegen den Reichspräsidenten.

Die Deutschnationalen demonstrieren praktisch, daß die politische Entwicklung in den Staaten Europas in engsten Zusammenhängen steht. Während sie aufs heftigste gegen die Tendenz zur Zusammenführung der europäischen Staaten auf der Grundlage der Demokratie antämpfen, unterliegen sie dem Einfluß der allgemeinen Entwicklung zur Demokratie. Sie ziehen Parallelen zwischen Frankreich und Deutschland — falsch zwar, unbegründet, unter gewaltsamer Verdrehung der tatsächlichen Voraussetzungen — aber doch so, daß sie im Grunde die Verwirklichung der Methoden der französischen Demokratie auch in Deutschland fordern.

Auf diesen Boden sind sie unversehens gerutscht. Der neue französische Kurs ist ihnen unbequem, da er dem deutschen Chauvinismus die Vorwände nimmt. Ein Kurs Millerrand wäre ihnen ebenso lieber wie ein reaktionärer Staatsstreik in Frankreich. Die „Deutsche Zeitung“ gibt den Hoffnungen darauf offenen Ausdruck:

„Die Boischaix Millerrands an das französische Volk bedeutet die Kampfanlage Millerrands an die neue Kammermehrheit. Sie ist geschickt abgefaßt und wird ihre Wirkung nicht verfehlen. Sie spricht in Worten von den Vertretern der Linken, die geradezu eine Befehlsgebung darstellen, und man muß daraus schließen, daß Millerrand entschlossen ist, den Kampf bis zum äußersten aufzunehmen. Die höhere Generallität steht auf seiner Seite und auch die Masse der Armee dürfte sich, wenn es darauf ankommt, für ihn entscheiden. . . . Dann aber, dann beginnt der Krieg in Frankreich selbst. Dann geht es tatsächlich um das Ergebnis des Weltkrieges, dann wird sich zeigen, daß ein degeneriertes, arbeitsscheues und sich immer mehr verminderes Volk nicht die Kraft besitzt, einen ohne Sieg gewonnenen Krieg zu verdauen. Uns kann die Entwicklung der Dinge, die nicht mehr aufzuhalten ist, recht sein. Deshalb nicht so vorsichtig, deutsche Regierung, mit der Annahme des Verklarungsdiktats Dawes.“

Die Hoffnungen der Deutschnationalen gehen also auf einen Sieg der Reaktion in ganz Europa. Sie sympathisieren mit französischen Staatsstreikplänen, um darin Vorwände für deutsche Staatsstreikpläne zu finden. Das ist ihr wirkliches Ziel. Aus Taktik verbergen sie dies Ziel unter — scheindemokratischen Erörterungen. Im Namen der Demokratie führen sie in Deutschland einen Kampf gegen den deutschen Reichspräsidenten. Sie sagen Demokratie, und meinen Staatsstreik.

Dieser Ansturm gegen Präsident Ebert gilt in Wahrheit der Demokratie und der Republik. Die Presse der republikanischen Parteien hat deshalb den Kampf gegen die deutschnationalen Angriffe auf den Präsidenten der deutschen Republik aufgenommen. Die „Frankfurter Zeitung“ weist diese Angriffe mit folgenden Worten zurück:

„Bislang unbegründet ist übrigens auch jener andere bei den Deutschnationalen aufgetauchte Gedanke, Präsident Ebert sei durch den Wahlausfall vom 4. Mai irgendwie desavouiert worden. Das kann schon deshalb nicht der Fall sein, weil ja das Votum für die neue Regierung Marx gezeigt hat, daß die Mehrheit die gleiche geblieben ist. Das kann auch darum nicht der Fall sein, weil eben Herr Ebert sich stets einer ganz anderen Zurückhaltung als wie der bisherige französische Präsident befleißigt hat. Man braucht sich also gar nicht darauf zu berufen, daß solche Schlussfolgerungen einer Reichstagswahl zum Geist der Weimarer Verfassung in Widerspruch stehen würde, die ja grundsätzlich den Reichspräsidenten nicht zum Vertrauensmann des Parlaments, sondern zum unmittelbaren Vertrauensmann des Volkes gemacht hat. Daß Herr Ebert selbst noch vom Reichstage gewählt ist, ändert daran nichts. Er ist Präsident auf Grund des Artikels 189 der Verfassung, und seine Amtsperiode hat durch ein besonderes Reichsgesetz im Herbst 1921 eine ganz bestimmte Begrenzung, nämlich bis zum 30. Juni 1925, erfahren. Der Vorgang in Frankreich läßt also keinerlei Rückschlüsse auf deutsche Verhältnisse zu. Er läßt sie schon deshalb nicht zu, weil jeder Unbefangene zugeben wird, daß der gegenwärtige Reichspräsident nirgends im deutschen Volke persönlich Ansehen erregt hat, sondern daß er, im Gegensatz zu Herrn Millerrand, sehr viel zur Wärdigung innerpolitischer Gegensätze beigetragen verheißt.“

Schärfer noch ist die Zurückweisung durch das „Berliner Tageblatt“:

„Offenbar sind diese deutschnationalen Dialektiker von der geistigen Beschränktheit ihres Publikums fest überzeugt. Nur deshalb können sie es wagen, ihm „Parallelen“ vorzuführen, deren Unstimmigkeit und Schwindelhaftigkeit jeder halbwegs urteilsfähige Mensch sofort erkennen mag. „Hier wie dort“ hätte die Opposition gesagt? Ach, du lieber Gott! In Frankreich hat die demokratische Linke in den Wahlen eine große, beherrschende Mehrheit erlangt. Die Deutschnationalen haben, trotz ihrer wüsten Agitation, ganze dreißig Mandate gewonnen, und wenn man ihre östlichen Brüder hinzurechnet, kommt nicht viel mehr als ein Viertel der Reichstagsabgeordneten heraus. Ohne den Beistand der Kommunisten würde die „Siegreiche“ Rechte nicht einmal eine starke Opposition im Reichstage sein. Sie überschätzt sich wirklich allzu sehr, wenn sie glaubt, die gleichen Ansprüche wie die französische Linksmehrheit erheben zu können, und wenn sie ihren Mandatszuwachs mit dem gewaltigen Siege dieser französischen Linken vergleicht.“

Die „Germania“ verweist auf den vollkommenen Widerspruch zwischen der Stellungnahme der Deutschnationalen für Millerrand auf der einen Seite und zwischen der deutschnationalen Forderung des Rücktritts des deutschen Reichspräsidenten, und sagt weiter:

„Eine derartige Situation ist wohl jeder Ausnahme zugänglich und ist auf die heutige Lage Deutschlands in keiner Weise zu übertragen. Weder kann der Reichspräsident als der tatsächliche Führer der Politik der letzten Jahre in irgendeinem Parteinenn gelten, noch haben die Parteien, die etwa einen deutschnationalen Kandidaten wünschen, die Mehrheit im Volk oder im Reichstage.“

In der deutschnationalen Taktik in der inneren deutschen Politik tritt aufs schärfste die Rückwirkung der inneren Umwälzung in Frankreich auf die deutsche innere Politik zutage. Die deutsche Rechte wird unsicher und unruhig. Sie sieht eine europäische Situation herannahen, die ihr für immer alle Chancen nehmen muß. Mit allen Kräften sucht sie denn von Deutschland aus, durch die reaktionäre Beeinflussung des inneren deutschen Kurses, diese Entwicklung zu durchkreuzen. Sie will Ebert stürzen, um den Triumph des Staatsstreiks über die Demokratie herbeizuführen — nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten europäischen Entwicklung.

Die Segler von Pichelsdorf.

Wer das Seglerleben und seine intimsten Reize studieren will, muß nach Pichelsdorf fahren. Für ganze 15 Rentenpennige befördert die Straßenbahn jeden Interessenten an Ort und Stelle; wenige Schritte führen uns an das Ufer der Havel. Sie bildet hier eine große Bucht, die scharfe Bänke, die nach drei Himmelsrichtungen gegen starke Wetter geschützt ist und nur nach Süden zu eine Ausfahrt zur breiten Havel offen läßt. Hier haben sich die Segler und Angler angesiedelt. In zierlichen Miniaturgärten steht Baube an Baube, oftmals recht geschmackvoll von sachkundigen Händen erbaut.

Das bekannte Parzellenagrarierium findet hier keine Stätte; das Element des Seglers ist das Wasser. Jeder Laubenbewohner ist gleichzeitig Besitzer eines Segelbootes. Man merkt, daß hier Leute mit Geld sitzen, die in jahrelangem Sportbetrieb gute Kenntnisse erworben haben. Wahre Prachtexemplare sind unter den Booten, mit allem Raffinement des Faches ausgestattet. In diesem späten Frühjahr herrscht bis in die gegenwärtigen Tage hinein das regste Leben und Treiben an Land, in den Winterquartieren der Boote und an den Unterplätzen. Eine gute Pflege ist für die Erhaltung eines Segelbootes von Bedeutung, und mit fast zärtlichen Händen wird hier der alte Lack befeuchtet, dort ein Rumpf neu lackiert. Liegt solch ein Wasservogel aufgebaut am Lande, überkommt dem Laien doch ein Staunen, von welchen Ausmaßen die Segelboote der Binnengewässer sein können. Der Teil des Rumpfes, der, aus dem Wasser hervorragend, auf der Fahrt zu sehen ist, ist fast der geringste. Die riesigen Schwertkiele, dazu bestimmt, das Boot vor dem Kentern zu bewahren, geben größeren Booten eine Höhe bis zur Bordante von drei, vier Metern. Dematisprechend ist auch der Tiefgang, und nicht umsonst liegen viele Boote weit draußen im See verankert. Sonntags morgens in aller Fröhe beginnt der Betrieb. Korbmöbel gestalten dem Segler, in aller Bequemlichkeit sein Frühstück vor seiner Waube einzunehmen; die letzten Vorbereitungen werden getroffen, hier ein Seil nachgespannt, vorn noch ein Segel gesetzt, und nachdem die Steuerpinne eingelegt ist, geht es los mit polten Segeln. Oft erlaubt die Größe des Bootes erst vollen Segelbetrieb auf offenem Wasser. Ein kleiner Hilfsmotor tadelt auf, und ohne Ruder und menschliche Hilfskraft geht aus der Bucht. Eine ganze Gegenwart und Zukunft von Menschengeschlechtern liegt hier auf dem Wasser. Wundervoll glänzen Segel und Boote in der Sonne. Riesigen Vogelschwärmen gleich gleiten sie über das Wasser. Die größte Landratte wird begeistert für einen Sport, den leider nur verhältnismäßig wenige betreiben können.

Allenthalben sieht man bescheidene Nachahmungen dieser stilleren Segelboote auftauchen, die Enthusiasten mit dürftigsten Mitteln zurechtgebaut haben. Und geht abends der Wind schlafen, treiben sie langsam dem heimlichen Hafen zu mit dem Bewußtsein, als Herrscher über Wind und Wasser einen gerechten Tag gehabt zu haben.

Die Leiche im Auto.

Was im „Schwarzen Adler“ zu Kyritz beobachtet wurde.

Die fesselnde Beobachtung eines Killers verursachte in dem Städtchen Kyritz in der Provinz eine große Aufregung. Aus der Richtung Hamburg traf ein Auto ein und hielt vor dem Hotel „Zum schwarzen Adler“. Hier hielten die beiden Insassen mit dem Chauffeur eine halbe Stunde halt, um zu frühstücken. Sie waren sehr aufgeregt und erzählten, daß sie seit dem Tage vorher unterwegs seien. Bei der Abfahrt sah der Oberkellner neben dem Chauffeur unter dem Schilde der Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes mit grauem Haar und blauem Anzug liegen. Er war so erschrocken, daß er erst eine Weile nach der Abfahrt einem anderen Wache seine Entdeckung mitteilte. Dieser machte Anzeige bei der Polizei, die nun auch die Berliner Kriminalpolizei benachrichtigte. Man nimmt vorläufig an, daß der Tote ein Berunglückter ist, den das Auto mitgenommen hat. Die Kriminalpolizei fahndet auf den ziemlich großen offenen Wagen, auf dem außer den Insassen auch noch zwei langhaarige gelbgesichtige Pudel saßen. Der Chauffeur wird als ein etwa 45 Jahre alter Mann mit stottem Schmutzbarthaar geschildert. Der eine der beiden Insassen ist etwa 35—40 Jahre alt und mittelgroß, hat ein volles, freies, unraffiertes Gesicht und trug einen Regenmantel und einen grünen Hut. Der zweite, ein Mann von etwa 20—25 Jahren, ist untergeht, blass, hager und barlos. Er trug eine Autokappe. Mitteilungen zur Aufklärung nimmt die Berliner Kriminalpolizei entgegen.

Im Kampf mit Einbrechern.

Auf der Flucht wurde in der vergangenen Nacht ein Einbrecher im Norden der Stadt angehalten und schwer verletzt. Eine Streife der Schuppolizei überholte kurz vor 3 Uhr zwei Männer, die dabei waren, an dem Schuhwarengeschäft von Marcinkowski in der Ziegelstr. 28 das Schutgitter abzubringen, um in den Laden einzudringen. Als sie sich bemerkten, entflohen die Verbrecher und blieben auch auf Anruf nicht stehen. Zwei Schüsse, die die Beamten hinter ihnen her abgaben, gingen fehl. Einen Mann, der ihnen entgegenkam, hielten sie sich mit einem Brecheisen vom Leibe, mit dem sie ihn schlugen. Ein dritter Schuß traf jetzt einen der Einbrecher in den Unterleib und verletzte ihn so schwer, daß er nach dem Krankenhaus Roabit gebracht werden mußte. Bei dem Manne wurde eine der Dienstpistolen, mit dem Zeichen des Polizeipräsidenten, die während der Spatialisentnahmen nach der Revolution gestohlen wurden, gefunden. Der Spießgeselle ist entkommen.

Müllabfuhr-Abbau?

Eine sehr überreizende Maßnahme trifft die städtische Müllabfuhr-Aktion-Gesellschaft. Sie läßt von allen Wohngrundstücken einen leeren Kasten wegholen, so daß dann für 25 bis 40 Räder überhaupt nur ein Kasten verbleibt. Die Abfuhrleute erklären diese Maßnahme mit Sparabsichten. Es soll noch mehr Personal entlassen werden. Jeder Kenner der Berliner Grundstücksverhältnisse weiß, daß selbst im Sommer, wenn die Britische fehlt, in den allermeisten Fällen nur ein Kasten nicht ausreicht. Die Folge wird wieder starke Anhäufung von Müll neben dem Kasten und ein nicht gerade stöcherlicher Hofdunst sein. Was sagt denn die Gesundheitspolizei dazu? Und wie steht es mit den nicht gerade geringen Pauschalgebühren für die Müllabfuhr? Des ist eine Frage, in der die Organisationen der Hausbesitzer und der Mieter schleunigst vorgehen sollten.

Die Not der Kinder.

Wie bekannt, veranstaltet der „Berliner Ausschuss der Deutschen Rothhülfe“ am Sonntag, den 15. Juni d. J., einen Opfertag zugunsten der Erholungsanstalten für Kinder und Jugendliche. Wie dringend die Beschaffung von Mitteln für diesen Zweck ist, geht aus den Notrufen hervor, die aus allen Berliner Bezirken bei der Berliner Rothhülfe eingegangen sind. So bedürfen, um nur einige Zahlen der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Berliner arbeitslosen und freien Wohlfahrtsvereine zu nennen, im Bezirk Friedrichshagen etwa 2500, in Prenzlauer Berg 3300, in Wedding 5800, in Lichtenberg 16 000, in Charlottenburg 3400, in Neukölln 12 700, in Kreuzberg 7600 und selbst in Stogitz 2300 Kinder und Jugendliche dringend der Verpflegung, insgesamt mehr als 52 000. Der größte Teil von ihnen muß unversorgt bleiben, wenn nicht der oft bewährte Wohlthätigkeitssinn der Berliner Bevölkerung wieder hilft. Abgesehen von der Beteiligung am Opfertage sind auch dringend größere und kleinere Spenden erbeten an den Berliner Aus-

schuß der Deutschen Rothhülfe, Berlin NW. 40, Reichstagsufer 3, an die Preussische Staatsbank, Berlin W. 56, Konto 101 920 oder auf Sparkonten Berlin NW. 7 Nr. 77 955.

Großstadtverkehr vor dem Richter.

Jugend hast, ohrenbetäubender Lärm, Ströme von Menschen, elektrische Straßenbahnwagen, dröhnende Autobusse, laufende Autos, fliegende Händler, Menschaufläufe, Schupboote, Scheinbare wirres Durcheinander, trägt aber in sich Befriedigung. Eigenbedürfnis und gemeinsames Interesse reguliert den Verkehr. Bearbeitungen regeln das Ganze. Straßen drohen dem Zuwiderhandelnden, polizeiliche Strafvorgänge hagen hernieder, gerichtliche Entscheidungen werden angerufen. Sie helfen wenig, kosten aber dem Staate Geld, für das der Steuerzahler aufkommt.

Der Gerichtstribunal ähnet fast einer Polizeiwache. 25—30 Schupboote lungern als Zeugen herum, warten stundenlang ihres Aufrufs. Im Gerichtssaal das gleiche Tempo, wie auf der Straße. Berge von Akten sind aufgehäuft, müssen erledigt werden. Jeder Tag bringt neue Strafvorgänge. Chauffeure. Sie rufen durch die verkehrsreichsten Straßen, als gelte es, als erste an den Start zu gelangen. Jagen in die Straßenbahnwagen hinein, stürzen Nader um, überfahren Fußgänger, nehmen scharfe Eck, erhalten Strafmandate und sind natürlich nie schuldig. Bezahlt wird die Strafe schließlich doch — die Gerichtskosten noch dazu. Straßenhändler. Sie halten mit ihren Bogen nicht den vorgeschriebenen Abstand von fünf Metern, — behaupten, andere Händler seien dazwischen gefahren; sie handeln auf Straßen und Plätzen, auf denen das Handeln verboten ist und erklären, daß jeder Tag ein anderes Verbot bringt; locken systematisch Käufer für ihre Waren von den Schaufenstern ihrer Konkurrenz weg und wollen nur ihre alten Klienten angesprochen haben; verursachen Verkehrsstörungen an den belebtesten Straßenecken, bald durch ihre rhetorische Glanzleistungen, bald durch ihre plumpen Anpreisungen aller Art von Krimsram. — Wie Spieler, die nichts zu verlieren haben, rufen sie dann bei den ergangenen Strafvorgängen gerichtliche Entscheidung an. Betrunkene — bilden nachts nach einer reichlichen Kneiperei Ketten auf den belebtesten Straßen, als wären sie Korpsstudenten in irgendeiner Universitätsstadt, johlen und schreien, üben Widerstand gegen Schupboote und schießen dann die Schuld auf andere. Wollen von dem Droschkentreiber, der um die Sauberkeit seines Wagens besorgt, von seinem Verweigerungsrecht Gebrauch macht, unbedingt gefahren werden; bleiben auf den Straßenecken liegen und lassen sich nicht abführen. Hinterher behaupten sie dann, betrunken gewesen zu sein. Zwangsweise stellen sie wollen nicht zur Wache mit, das Publikum ergreift für sie Partei, der bedrängte Schupmann greift zur Weile, Kriminalbeamte müssen ihre Worte jeden unter die Nase halten — denn gelaugt wird nur der Uniform —, Schimpfworte schwirren durch die Luft, die Menge wächst bedrohlich an, Verstärkung fehlt, Pistolen werden gezogen, einzelne werden herausgerissen und zur Wache gebracht — sie sind natürlich unschuldig, sie waren nur „zufällig“ dabei. Geschimpft und Widerstand geleistet haben andere.

Der Bürger hält nicht immer Ordnung. Selbst auf die Gefahr hin, bestraft zu werden. Wird er bei der Uebertretung ertappt, so verurteilt er, einem Schuldbuben gleich, seltene Ausflüchte. Er gibt sich mit der auf administrativem Wege über ihn verhängten Strafe nicht zufrieden, sondern ruft gerichtliche Entscheidung an. Die wird fast ausnahmslos bestätigt. Der Verurteilte spekuliert auf den Zufall, hofft auf Herabsetzung der Geldstrafe. Er bedauert nicht, daß er dem Gericht dadurch eine ungeheure Arbeit auferlegt.

Ein Mord in Hamburg beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. In der Koppelstr. 8 zu Hamburg wurde gestern ein 65 Jahre alter, aus Rammheim gebürtiger Reisender Bühler in seiner Wohnung im Bett liegend tot aufgefunden. Er hatte Würgemale an Hals und Kopfverletzungen. Verletzungen an der rechten Hand hat er sich wahrscheinlich im Kampfe mit dem Mörder zugezogen. Ein Teil der Wohnung war durchwühlt, besonders auch eine Schublade einer Kommode, die in einem Nebenzimmer stand. Ob etwas geraubt ist, steht noch nicht fest. Die Berliner Kriminalpolizei ist um Hilfe bei der Aufklärung erudiert worden.

Der Gastod. Eine schwere Gasvergiftung erlitten die Geschwister Bruno und Luise Sch. aus der Tübinger Str. 6. Durch Unvorsichtigkeit waren mehrere Hähne der Gasleitung geöffnet und das ausströmende Gas wirkte so stark, daß der Bruder beim Eintreffen der Feuerwehr bereits tot war. Luise Sch., die ebenfalls eine schwere Gasvergiftung davongetragen hat, wurde in das Schöneberger Krankenhaus übergeführt.

Ein Badesofen explodierte gestern abend im Hause Ullhandstraße 163 in Wilmersdorf. Die Hausangestellte Emma B. war gerade damit beschäftigt, den Ofen zu heizen, als der Kessel, als Folge zu wenigem Wasserinhalt, explodierte. Sie erlitt erhebliche Brandwunden am Gesicht und am Körper und wurde in das Krankenhaus in der Achsenbühlstraße gebracht, wo ihr erste Hilfe zuteil wurde.

Beim Pferdeschwimmen ertrunken. Beim Pferdeschwimmen ertrank im Stöckchen der Unteroffizier Paul Krause vom 9. Reichswehr-Regiment, 3. Btl., Maschinengewehrkompanie. Rettungsversuche blieben erfolglos. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Kohlensäure im Bergwerk.

Sieben Bergleute getötet.

Gestern abend wurden auf dem Schacht Egmont der Schleichischen Kohlen- und Kalkwerke in Gottesberg 37 Bergleute durch einen schweren Kohlendioxidausbruch gefährdet. Dreißig konnten gerettet werden, sieben wurden getötet.

Amerikanisches Räuberunwesen.

Eine Schmucktaschenendung auf der Straße geraubt.

Der französische Passagierdampfer „Paris“ und der amerikanische Dampfer „Lepiahan“ hatten eine Anzahl Sendungen von Schmuckstücken nach New York befördert. Ein Lastautomobil transportierte die betreffenden Pakete auf das Sachverständigenbüro, um den Wert für die Zollbehörde feststellen zu lassen, als etwa 10 Individuen mit Revolvern bewaffnet, das Auto auf der Straße anhielten, sich der Mehrzahl der Pakete bemächtigten und die Flucht ergriffen. Der Wert der geraubten Pakete beläuft sich Schätzungen zufolge auf 125 000 Dollar. Der Diebstahl fand am hellen Tage in einem verkehrsreichen Stadtviertel statt.

Der ruhelose Vesuv. An den Abhängen des Vesuv haben sich zwei neue Krater geöffnet, die große Lavamassen ausströmen. Der Zugang zu diesen Abhängen wurde für den Verkehr gesperrt.

Aus dem Zuchthaus entwichen. In der Nacht zum Dienstag gegen 1 Uhr ist der zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilte Raubmörder Henry Bohne aus der Landesstrafanstalt in Wolfenbüttel mit einem zu 7½ Jahren Zuchthaus verurteilten Wader namens Kurt Heinemann entwichen. Von den beiden Entflohenen fehlt bis jetzt jede Spur.

Groß-Berliner Parteianrichtungen.

7. Kreis Charlottenburg. Ortsanlass für Arbeiterwohlthätigkeit und Kinder-Heilungsmitteln. Sämtliche Helfer und Helferinnen sowie Jugendmädchen, welche an der Gemeinnützigen am 15. Juni 1924 teilnehmen, treffen sich zur Vorbereitungsversammlung am Freitag, den 13. Juni, abends 7½ Uhr im Jugendheim Charlottenburg, 4. Sämtliche Vortragsleiterinnen müssen anwesend sein. Jungvolklichen Schöneberg. Freitag, den 13. Juni, abends, im Jugendheim, Schule Feuerstr. 7. Russ- und Niederdeutsch.

